

Aus dem Inhalt

Kirchen

Rund 8.000 Menschen protestieren gegen Kürzungen im Gesundheitswesen 1

Gesellschaft

Neuer Podcast bringt Rechtsfragen in die Gesellschaft 4

„Frauenort“ in Hannover erinnert an Philosophin Hannah Arendt 4

Remarque-Zentrum zeigt Sonderausstellung zum 30-jährigen Bestehen 5

Soziales

Kita-Verband: Kürzungen widersprechen wachsendem Unterstützungsbedarf 6

Kita-Experte: „Gemeinsames Essen kennen viele Kinder nicht“ 7

Kultur

Literaturpreis geht an Katerina Poladjan und Henrik Szántó 10

Bremen lockt mit Nacht der Chöre und Gospel-Festival 10

Impressum 11

Rund 8.000 Menschen protestieren gegen Kürzungen im Gesundheitswesen

Beschäftigte zeigen Ministerin Warken symbolisch die Rote Karte

Von Michael Grau (epd)

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern sind am Mittwoch in Hannover zur Beratung zusammengekommen. Gleich zu Beginn gab es lautstarken Protest gegen die Kürzungspläne von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) in Gesundheit und Pflege.

Hannover (epd). Anlässlich der 99. Gesundheitsministerkonferenz von Bund und Ländern haben am Mittwoch in Hannover nach Veranstalterangaben rund 8.000 Beschäftigte gegen Kürzungspläne der Bundesregierung im Gesundheitswesen protestiert. Die Krankenhäuser dürften sich nicht zum Sündenbock der Misere in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) machen lassen, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, bei der Großkundgebung: „Nicht wir sind die Kostentreiber, sondern die Politik selbst hat es versäumt, ihren Beitrag zu leisten.“

Mit ihren vorliegenden Reformvorschlägen verschlimmere die Bundesregierung die ohnehin schon klamme Finanzsituation der Krankenhäuser, indem sie etwa Tarifsteigerungen nicht mehr vollständig refinanzieren wolle, sagte Gaß. Sie nehme dabei einen „kalten Strukturwandel“ in Kauf: „Das wollen wir nicht akzeptieren.“ Gaß mahnte stattdessen eine „faire Finanzierung“ der versicherungsfremden Leistungen in der GKV an.

Minister sieht Schieflage



Kirchen

Zu der Demonstration bei strahlendem Sonnenschein vor dem Neuen Rathaus waren Beschäftigte von Krankenhäusern, Behinderten-Einrichtungen und Pflegeheimen mit Bussen aus ganz Deutschland gekommen. Mit Trillerpfeifen, Trommeln und Megafonen verliehen sie ihrem Anliegen lautstark Nachdruck. Auf Plakaten waren Slogans zu lesen wie „Wertschätzung sieht anders aus“ oder „Wer Pflege kaputtspart, lässt Menschen sterben“. Zu den Protesten hatten die Gewerkschaft ver.di und Sozialverbände aufgerufen.

Niedersachsens Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) sagte als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz, es sei unbestreitbar, dass Reformen im Gesundheitswesen nötig seien. Dafür ertete er einzelne Piffe. Die Veränderungen dürften jedoch nicht zulasten der Qualität funktionierender Strukturen gehen, sagte er weiter. „In den aktuellen Plänen ist eine deutliche Schieflage zulasten der Versicherten und der Krankenhäuser zu erkennen“, betonte Philippi unter Applaus: „Dem gilt es zu begegnen, bevor sie ihre fatale Wirkung entfalten.“

Lenke: Soziale Unsicherheit ist Problem für Demokratie

Für die freie Wohlfahrtspflege sagte der niedersächsische Diakonie-Chef Hans-Joachim Lenke, die Menschen müssten sich darauf verlassen können, dass der Staat sie in der Not nicht allein lasse. „Dieses Versprechen ist brüchig geworden.“ Das belaste den Zusammenhalt der Gesellschaft: „Es ist ein großes Problem für unsere Demokratie, wenn Menschen unsicher werden im Blick auf die Sicherungssysteme, die wir haben.“ Der Diakonie-Chef mahnte zudem eine „Kultur des Vertrauens“ im Gesundheitswesen an, statt kleinteiliger bürokratischer Regeln und Kontrollen.

Ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler forderte, für die Finanzierung des Sozialstaats stärker die Vermögenden heranzuziehen. Dennoch werde der Rotstift bei den Patientinnen und Patienten sowie den Beschäftigten in Pflege und Gesundheit angesetzt. An Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) gewandt sagte sie: „Frau Warken, das ist eine ganz miese Gesundheitspolitik.“

Lebensgroße Pappfigur der Ministerin

Auf der Bühne war eine lebensgroße Pappfigur der Gesundheitsministerin aufgebaut. Mit Sprechchören skandierten die Demonstranten lautstark „Warken stoppen!“ und zeigten den Vorschlägen der Ministerin symbolisch die Rote Karte. Warken hatte im Frühjahr Reformpakete für die Finanzierung von Gesundheit und Pflege vorgelegt, die von Expertenkommissionen erarbeitet worden waren.

Die Gesundheitsministerkonferenz nahm am Mittwoch in Hannover ihre Arbeit auf. Sie tagt bis zum Donnerstag.

Kirchen

Gespräch mit Kritikern: Landesbischöfin wirbt für Solidarität

Die umfassende Reform der braunschweigischen Landeskirche sorgt für Diskussionen: Bei einem Austausch mit Kritikern wirbt die Landesbischöfin um Solidarität - und reagiert auf Warnungen aus den Gemeinden.

Wolfenbüttel, Salzgitter (epd). In einem Austausch mit Kritikern an der umfassenden Strukturreform der braunschweigischen Landeskirche hat Landesbischöfin Christina-Maria Bammel für gegenseitige Solidarität geworben. Strukturveränderungen seien mit Blick auf die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon seit Längerem ein Thema, sagte die Theologin am Dienstagabend laut Mitteilung bei einem Gespräch in Salzgitter-Cramme. Es gehe darum, die Kirche so verantwortungsbewusst zukunftsfähig zu machen, dass auch die nachfolgenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten hätten.

Die braunschweigische Landeskirche hatte angesichts sinkender Mitgliederzahlen und Finanzmittel im vergangenen Jahr unter anderem beschlossen, dass die derzeit elf Propsteien bereits zum Januar 2027 zu vier Propsteien fusionieren sollen. Die Zahl der Kirchengemeinden soll sich in vier Jahren von derzeit mehr als 230 Gemeinden auf maximal sechzehn größere Zusammenschlüsse mit mindestens 10.000 Gemeindemitgliedern reduzieren.

Kritiker befürchten Verlust von Ehrenamtlichen

Die Kritiker, darunter auch der Präsident der niedersächsischen Landwirtschaftskammer, Gerhard Schwetje, hatten die Sorge geäußert, dass ehrenamtliche Leitungsarbeit in den Orten weniger werde, wenn die Verwaltung der Gemeinden stärker regionalisiert werde. Das kirchliche Leben in den Dörfern brauche eine gezielte Unterstützung des Ehrenamtes, damit das lokale Engagement verantwortlich wahrgenommen werden könne, argumentieren sie.

Beide Seiten seien sich darin einig gewesen, dass eine lebendige kirchliche Gemeinschaft in den Dörfern erhalten und ehrenamtliches und berufliches Engagement konstruktiv verbunden werden müsse, hieß es. Bammel betonte, dass der Dialog mit allen Gruppen aus der Landeskirche fortgesetzt werde. Die Befürchtungen und Vorschläge würden jeweils in die Vorbereitungen für weitere Beschlüsse zur Reform mit aufgenommen.

Neuer Podcast bringt Rechtsfragen in die Gesellschaft

Gesellschaft

Sechs Juristinnen starten einen neuen Podcast. Sie wollen in Zeiten der Polarisierung aktuelle rechtliche Fragen allgemeinverständlich erklären und zu fundierten Diskussionen anregen.

Hannover (epd). Mit einem neuen Podcast wollen sechs Jura-Professorinnen rechtliche Fragen aus dem Hörsaal in die gesellschaftliche Diskussion bringen. Er werde unter dem Titel „recht:zeitig“ vom Nomos Verlag produziert und von der „ZEIT BUCERIUS“ Stiftung finanziert, sagte eine der Initiatorinnen, die Strafrechtlerin und Rechtsphilosophin Susanne Beck von der Leibniz-Universität Hannover, am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die erste reguläre Folge erscheint am Donnerstag (11. Juni).

Darin wird Charlotte Schmitt-Leonardy, Strafrechtlerin an der Universität Bielefeld, mit dem Juristen und Journalisten Ronen Steinke über die Meinungsfreiheit diskutieren. Monatlich sollen den Angaben zufolge jeweils neue Folgen erscheinen. „recht:zeitig“ greife aktuelle Kontroversen auf, ordne sie juristisch ein und diskutiere ihre gesellschaftliche Tragweite. „In polarisierten Zeiten brauchen rechtliche Fragen mehr als schnelle Antworten.“

Expertinnen aus ganz Deutschland

Die weiteren zu Wort kommenden Jura-Expertinnen sind die Strafrechtlerinnen Stefanie Bock von der Universität Marburg, Liane Wörner von der Universität Konstanz und Georgia Stefanopoulou von der „BSP Business&Law School“ Berlin. Die Professorin für Öffentliches Recht an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, Dana-Sophia Valentiner, vervollständigt die Gruppe der Podcasterinnen.

„Frauenort“ in Hannover erinnert an Philosophin Hannah Arendt

Die jüdische Philosophin Hannah Arendt wurde 1906 in Hannover geboren. Dort soll künftig ein „Frauenort“ an sie erinnern. Es ist der 52. der Erinnerungsorte, die in Niedersachsen bedeutende Frauen würdigen.

Hannover (epd). Der 52. „Frauenort“ in Niedersachsen soll künftig in Hannover an die Philosophin Hannah Arendt erinnern. Die Landeshauptstadt und der Landesfrauenrat Niedersachsen wollen Arendt damit in deren 120. Geburtsjahr würdigen, wie der Landesfrauenrat am Mittwoch mitteilte. Am 28. Juni um 11 Uhr wird der „Frauenort“ im Lichthof der Stadtbibliothek Hannover offiziell eröffnet. Dort macht künftig ein Schild den Ort kenntlich.

In der Stadtbibliothek ist Hannah Arendt (1906-1975) bereits ein eigener Raum gewidmet, wie es hieß. Arendt wurde in Hannover geboren. Als Jüdin verließ sie Deutschland nach der Machtergreifung der Nazis 1933 in Richtung Paris. 1941 emigrierte sie in die USA. Bekannt wurde Arendt durch ihr Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, in dem sie Entstehung und politische Merkmale des Antisemitismus, des Nationalsozialismus und des Stalinismus analysiert. Für Aufsehen sorgte sie mit ihrem Bericht über den Jerusalemer Prozess gegen den früheren SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann 1961, in dem sie den Begriff der „Banalität des Bösen“ prägte.

Kritischer Blick aktueller denn je

Niedersachsens Gleichstellungsminister Andreas Philippi (SPD) sagte als Schirmherr, es sei der Initiative „Frauenorte“ ein Anliegen, dass die prägenden Ansichten und Impulse der bedeutenden Denkerin sichtbar gemacht würden: „Gerade heute, wo ihr kritischer Blick auf Macht und Gesellschaft aktueller denn je ist.“

Der Frauenrat will mit der Initiative „Frauenorte“ die Erinnerung an bedeutende Frauen in Niedersachsen wachhalten. Zu den bisher in die Liste aufgenommenen Persönlichkeiten zählen die Künstlerin Paula Modersohn-Becker, die Äbtissin Odilie von Ahlden vom Kloster Mariensee bei Hannover sowie die Umweltschützerin Marianne Fritzen aus dem Wendland. Kulturangebote an „Frauenorten“ umfassen unter anderem Lesungen, Vorträge, Konzerte sowie Stadtrundgänge und Führungen.

Remarque-Zentrum zeigt Sonderausstellung zum 30-jährigen Bestehen

Osnabrück (epd). Das Erich Maria Remarque-Friedenszentrum in Osnabrück blickt anlässlich seines 30-jährigen Bestehens mit einer Sonderausstellung auf seine Geschichte zurück. Die Schau unter dem Titel „Erich Maria Remarque. Der Weg zurück“ zeigt Teile der ersten gleichnamigen Ausstellung aus dem Gründungsjahr 1996, wie die Stadt am Mittwoch mitteilte. Sie wird am 18. Juni eröffnet und ist bis zum 27. September zu sehen.

Darüber hinaus erhalten Besucher Einblicke in die bisherigen Aktivitäten des Zentrums, darunter mehr als 120 Sonderausstellungen, Filmwochen und Tagungen, hieß es. Zum Nachlesen werden Jahrbücher und andere Publikationen gezeigt.

Weltweite Vernetzung

Gesellschaft

Thema ist auch die weltweite Vernetzung des Friedenszentrums, die Kooperationen von Kanada über Südkorea bis nach Südamerika ermöglichte. Die Werke des in Osnabrück geborenen Schriftstellers Remarque (1898-1970) wurden in mehr als 60 Sprachen übersetzt. Sein berühmtestes Buch ist der Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“.

Kita-Verband: Kürzungen widersprechen wachsendem Unterstützungsbedarf

epd-Gespräch: Dieter Sell

Eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen schlägt vor, durch mehr Selbstverantwortung der Familien in den Kitas Kosten einzusparen. Kein guter Plan, meint der scheidende Chef des diakonischen Fachverbandes in Deutschland, Carsten Schlepper.

Bremen, Berlin (epd). Der Bremer Kita-Experte Carsten Schlepper (65) hat vor Kürzungen in den Kindertagesstätten bei der Unterstützung von Familien gewarnt. „Das ist aus meiner Sicht ein Rückschritt und kein Schritt zu mehr Selbstverantwortung, weil es insbesondere Familien in prekären Lebenslagen das wegnimmt, was sie besonders benötigen“, sagte der scheidende Vorsitzende der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Laut einem Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden soll in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe massiv gekürzt werden. Mit Blick auf den Kita-Bereich wird unter anderem vorgeschlagen, Standards bezogen auf Betreuungsumfang und Personalschlüssel in den Kitas zu prüfen.

Alleinerziehende besonders betroffen

Wörtlich ist die Rede von einem „Schritt zu mehr Selbstverantwortung in den Familien“. Schlepper sagte dazu dem epd am Rande der Frühjahrs-Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung in Bremen, das würde unter anderem Alleinerziehende treffen, die auf die Unterstützung der Kitas angewiesen seien, um ihren Alltag zu bewältigen.

„Wenn sich die Kinder gut qualifizieren sollen durch Schule und später durch Berufsausbildung, dann brauchen sie von klein auf einen guten Start“, führte Schlepper aus, der auch den Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder in Bremen leitet. „Das muss nicht unbedingt das achtstündige Angebot am Tag sein. Da reichen auch vier oder fünf Stunden. Aber die müssen es auf jeden Fall sein. Mindestens ab dem dritten Lebensjahr sollte jedes Kind diese Gelegenheit haben.“

Gesellschaft

Soziales

Unterstützungsbedarf gewachsen

Der Unterstützungsbedarf der Familien ist Schlepper zufolge in den zurückliegenden Jahren massiv gewachsen. So seien die Kinder in ihrer Herkunft und in dem, was sie mitbringen, vielfältiger als früher. „Das hat eine Menge mit kultureller Unterschiedlichkeit zu tun. Das ist bereichernd, bringt aber auch Probleme.“

Schlepper nannte zwei Beispiele: „So schaffen es viele Kinder nicht, wenn sie neu in unseren Einrichtungen sind, im Stuhlkreis zusammenzukommen und dort mal zehn Minuten zu sitzen, zuzuhören oder etwas gemeinsam zu machen. Auch das gemeinsame Essen am Tisch kennen viele Kinder nicht. Das haben sie in ihrem Alltag zu Hause einfach noch nicht erlebt.“

Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder zählt mit 9.100 Einrichtungen, mehr als 115.000 Mitarbeitenden und etwa 585.000 Plätzen für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren zu den größten Kita-Trägern in Deutschland. Schlepper hatte seit 2017 den Vorsitz inne, kandidierte für dieses Amt in Bremen aber nicht mehr, weil er Ende des Jahres in den Ruhestand geht. Im November will der diakonische Fachverband den Angaben zufolge eine Nachfolge wählen.

Kita-Experte: „Gemeinsames Essen kennen viele Kinder nicht“

Verbandschef sieht massiv gestiegene Anforderungen im Vorschulbereich

epd-Gespräch: Dieter Sell

In der zurückliegenden Dekade hat sich beim Ausbau der Kindertagesstätten-Plätze in Deutschland viel getan. Doch auch die Anforderungen sind gewachsen. Kinder brauchen immer mehr Unterstützung, bilanziert der Bremer Kita-Experte Carsten Schlepper.

Bremen, Berlin (epd). Der promovierte Bremer Diplom-Pädagoge Carsten Schlepper stand fast zehn Jahre an der Spitze der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Der Verband zählt mit 9.100 Einrichtungen, mehr als 115.000 Mitarbeitenden und etwa 585.000 Plätzen für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren zu den größten Kita-Trägern in Deutschland. Bei der Mitgliederversammlung des Verbandes am Mittwoch in Bremen hat der 65-Jährige sein Amt abgegeben und geht bald in den Ruhestand. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) zieht Schlepper Bilanz und spricht über rasante Ausbaujahre, Kinder, die nicht stillsitzen können und den Stellenwert der Bildung von Anfang an.

epd: Herr Schlepper, Sie waren jetzt fast eine Dekade Vorsitzender der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder mit Sitz in Berlin. Was hat sich in dieser Zeit im Kitabereich getan?

Soziales

Gemeinsame Bildungspläne

Carsten Schlepper: Wir haben große Fortschritte bei der Anerkennung der frühen Bildung für die individuelle Entwicklung und Förderung von Kindern in den ersten Lebensjahren gemacht. Das Bildungsverständnis von Kitas und Schulen hat sich angenähert. Das lässt sich unter anderem an einer Reihe von gemeinsamen Bildungsplänen für das Alter von 0 bis 10 Jahren ablesen und an dem Bemühen, den Übergang von der Tageseinrichtung in die Grundschule gut zu gestalten.

epd: Das heißt, der Stellenwert der Kita ist gestiegen?

Schlepper: Ja. Die Kita ist als Standortfaktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem wichtigen Indikator für wirtschaftlichen Wohlstand geworden. Es ist mittlerweile in der gesellschaftlichen Debatte relevant, ob Kindertagesbetreuung vorhanden ist und funktioniert. Das gilt aber auch mit Blick auf die Kita-Zeit als Fundament für einen qualifizierten Bildungsweg.

epd: Und trotzdem wurde in den zurückliegenden Jahren oft über Personalmangel, hohe Krankheitsstände und damit zusammenhängend Beschränkungen von Öffnungszeiten geredet...

Schlepper: Tatsächlich wurde die Zahl der Kitaplätze in den vergangenen zwölf Jahren rasant ausgebaut. Das hat auch zu personellen Engpässen geführt, da sind wir an vielen Stellen der Entwicklung hinterhergelaufen. Jetzt sehen wir eine Trendwende. Seit dem vergangenen Jahr und in diesem Jahr noch einmal verstärkt gibt es einen extremen Geburtenrückgang. Und damit verbunden einen Rückgang an Anforderungen, was die Platzzahl angeht, im Osten stärker als im Westen. Im Osten gibt es schon Erzieherinnen, die arbeitssuchend sind. Doch wir brauchen weiterhin Fachkräfte, schon aufgrund der altersbedingten Ausstiege, die jetzt auf uns zukommen.

Kulturelle Verschiedenheit ist Bereicherung und Herausforderung

epd: Hat sich in den zurückliegenden Jahren bei Eltern und Kindern etwas geändert?

Schlepper: Absolut. Ich fange mal bei den Kindern an, die in ihrer Herkunft und in dem, was sie mitbringen, vielfältiger sind als früher. Das hat eine Menge mit kultureller Unterschiedlichkeit zu tun. Das ist bereichernd, bringt aber auch Probleme. Zwei Beispiele: So schaffen es viele Kinder nicht, wenn sie neu in unseren Einrichtungen sind, im Stuhlkreis zusammenzukommen und dort mal zehn Minuten zu sitzen, zuzuhören oder etwas gemeinsam zu machen. Auch das gemeinsame Essen am Tisch kennen viele Kinder nicht. Das haben sie in ihrem Alltag zu Hause einfach noch nicht erlebt.

Soziales

Soziales

Für uns geht es deshalb oft nicht nur um eine psychologische Eingewöhnungsphase, wenn Kinder und Eltern erstmals getrennt sind. Es geht auch um eine konkrete Hinführung zum Gemeinschaftsalltag in der Kita, um beispielsweise zu lernen, dass man nicht einfach aus dem Raum rennt. Viele Kinder brauchen länger für den Übergang, das ist stressiger geworden. Wir müssen auch häufiger als früher grundlegende kognitive, sprachliche und motorische Fertigkeiten vermitteln, etwa, wie man die Schuhe zubindet oder wie man einen Stift richtig hält. Unter dem Strich können wir sagen: Die Anforderungen an die Kitas sind massiv gestiegen.

Erwartungen sind gewachsen

epd: Und hat sich im Zusammenspiel mit den Eltern etwas geändert?

Schlepper: Ja, vor allem im Zusammenhang mit den Erwartungen nach einem guten und gesicherten Angebot in der Kindertagesbetreuung. Die sind stark gewachsen.

epd: Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden haben in einem Arbeitspapier zu Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe für den Kita-Bereich jetzt aber einen „Schritt zu mehr Selbstverantwortung in den Familien“ vorgeschlagen. Wie passt das zusammen?

Schlepper: Schlecht. Das würde besonders Familien in einer prekären Lebenslage wie beispielsweise Alleinerziehende treffen, die auf die Unterstützung der Kitas angewiesen sind, um ihren Alltag gut zu bewältigen. Wenn sich die Kinder gut qualifizieren sollen durch Schule und später durch Berufsausbildung, dann brauchen sie von klein auf einen guten Start: Bildung von Anfang an. In der Kita werden die Grundlagen gelegt. Das muss nicht unbedingt das achtstündige Angebot am Tag sein. Da reichen auch vier oder fünf Stunden. Aber die müssen es auf jeden Fall sein. Mindestens ab dem dritten Lebensjahr sollte jedes Kind diese Gelegenheit haben. Immer.

„Qualität der Arbeit erhalten“

epd: Sie stehen jetzt kurz vor dem Ruhestand. Wenn Sie drei Wünsche freihätten für die Kitas in Deutschland, welche wären das?

Schlepper: Mit Blick auf die evangelische Kirche als bundesweit großen Träger wünsche ich mir, dass die Kitas trotz rückläufiger Gemeinde-Mitgliederzahlen, Kürzungsdiskussionen und Angebots-Rückbau ihren Platz in der kirchlichen Arbeit behalten. Mit Blick auf die Kita-Arbeit im Allgemeinen wird es darauf ankommen, vor dem Hintergrund rückläufiger Anmeldezahlen die Qualität der täglichen Arbeit und die Vielfalt der Träger zu erhalten: Damit Eltern auch

zukünftig ein Wunsch- und Wahlrecht wahrnehmen können für unterschiedliche Konzepte von Kindertagesbetreuung in Deutschland.

Literaturpreis geht an Katerina Poladjan und Henrik Szántó

Alle zwei Jahre wird in Niedersachsen der Nicolas-Born-Literaturpreis verliehen. In diesem Jahr geht er an Katerina Poladjan und Henrik Szántó und ihre Gabe des meisterhaften Erzählens.

Hannover (epd). Der Niedersächsische Nicolas-Born-Literaturpreis 2026 geht an Katerina Poladjan und Henrik Szántó. Den mit 20.000 Euro dotierten Hauptpreis erhält die russische Autorin Poladjan. Der Debütpreis mit 10.000 Euro geht an den in Frankfurt am Main geborenen Szántó, wie das Kulturministerium am Mittwoch in Hannover mitteilte. Kulturminister Falko Mohrs (SPD) wird die Ehrungen am 24. September in der Landeshauptstadt überreichen.

Katerina Poladjan wurde 1971 in Moskau geboren. Laut der Jury entwickelt sie in ihren bemerkenswert knappen Romanen soziale und politische Panoramen. Ihre Bücher seien geprägt von historischer Tiefe, empathischer Erkenntnis und einem leichtfüßigen Humor: „Katerina Poladjan beherrscht die große Gabe des Erzählens meisterhaft, zu der auch die Kunst des Weglassens und ein Vertrauen in die Imaginationen ihrer Leserschaft gehören.“

Preis erinnert an Nicolas Born

Henrik Szántó erhalte die Ehrung für seine vielfältigen literarischen Texte, insbesondere für sein jüngstes Werk „Treppe aus Papier“, heißt es in der Begründung der Jury. Der Roman spreche von Verantwortung und Gewalt in Vergangenheit und Gegenwart. Szántó zeige „die geschärfte Wahrnehmung eines Autors der jungen Generation auf die jüngere deutsche Geschichte.“

Der Nicolas-Born-Preis wird seit dem Jahr 2000 zu Ehren des Schriftstellers Nicolas Born (1937-1979) verliehen, der in den 1970er Jahren im niedersächsischen Wendland lebte und wirkte. Seit dem Jahr 2019 wird der Preis alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Walter-Kempowski-Preis für biografische Literatur vergeben.

Bremen lockt mit Nacht der Chöre und Gospel-Festival

Bremen (epd). Chormusik von Klassik über Jazz und Pop bis Gospel steht im Zentrum der Bremer Nacht der Chöre am 19. Juni sowie des Gospelwochenendes am 20. und 21. Juni. An der Nacht der Chöre in der St. Ansgarii-Kirche sind ab 18 Uhr rund 20 Chöre aus dem ganzen Stadtgebiet beteiligt, wie die

Soziales

Kultur

Bremische Evangelische Kirche am Mittwoch mitteilte. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei.

Das Gospelwochenende setzt die musikalischen Tage den Angaben zufolge mit Konzerten und einem Mitsing-Workshop im Theater Bremen mit Elombo Bolayela fort. Am Samstagabend ist zudem ab 18 Uhr in den Wallanlagen gegenüber der Kunsthalle ein Open-Air-Konzert geplant. Beim Finale am Sonntag in der Stadtkirche Unser Lieben Frauen treten ebenfalls ab 18 Uhr rund ein Dutzend Chöre auf.

Impressum

Hg.: Verband Evangelischer
Publizistik Niedersachsen-Bremen
GmbH, Tel. (0511) 12 41-733
Geschäftsführerin: Carolin Dobler
Evangelische Bank
IBAN DE875206 0410 0000 618560

■ Landesredaktion:

Chefredakteur: Daniel Behrendt
Tel. (0511) 12 41 - 701
Stellvertreter: Michael Grau
Chefin vom Dienst: Karen Miether
Knochenhauerstr. 38/40
30159 Hannover
E-Mail: hannover@epd.de
www.epd-Niedersachsen-
Bremen.de
Bezugspreis monatlich: € 15,00

Newsdesk: Björn Schlüter

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Hanover Tel. (0511) 12 41 - 704 •
E-Mail: hannover@epd.de

Assistenz: Andrea Chust-Dassow

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Hanover Tel. (0511) 12 41 - 701 •
E-Mail: hannover@epd.de

■ Bezirksredaktionen:

Hannover: Michael Grau
Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 707 •
E-Mail: hannover@epd.de,
Julia Pennigsdorf
Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 707 •
E-Mail: hannover@epd.de
Urs Mundt
Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 708 •
E-Mail: hannover@epd.de

Braunschweig/

Südniedersachsen:

Charlotte Morgenthal
Knochenhauerstr. 38/40
30159 Hannover
Tel. (0511) 1241-706
E-Mail: braunschweig@epd.de

Lüneburg: Karen Miether

Knochenhauerstr. 38/40 • 30159
Han. Tel. (0511) 12 41 - 702 •
E-Mail: lueneburg@epd.de

Osnabrück:

Martina Schwager
Am Armenholz 11 • 49082
Osnabrück
Tel. (0541) 54908 • E-Mail:
osnabrueck@epd.de

Region Nordwest: Koordinator:

Jörg Nielsen
Kastanienallee 9 • 26121 Oldenburg
Tel. (0441) 88 54 - 69 • E-Mail:
oldenburg@epd.de,
Korrespondent: Dieter Sell
Franziuseck 2/4 • 28199 Bremen Tel.
(0421) 55 97 - 231 • E-Mail:
bremen@epd.de